Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ITALIEN
MARKUS GOLLER

Juni 2010

www.kas.de
www.kas.de/italien

Dr. Jürgen Stark: „Die aktuelle Krise ist keine Krise des Euro, sondern eine Krise der Staatshaushalte!"

Die Konrad-Adenauer-Stiftung führte am 30. Juni aus Anlass der Anwesenheit von Dr. Jürgen Stark, Vizepräsident der Europäischen Zentralbank, ein Expertengespräch mit Vertretern der italienischen Wirtschafts- und Finanzwelt durch. Thema war die Zukunft des Euro und die Ursachen der aktuellen Wirtschaftskrise. Angesichts der gegenwärtigen Finanzkrise war dies ein aktuelles und brisantes Thema. Der Referent gehört – dies zeigt auch seine Laufbahn – zu den führenden Experten in diesem Bereich.

Dr. Jürgen Stark ging in seinem Referat auf zwei Bereiche ein: die aktuelle Wirtschaftssituation in der Europäischen Union und die Lage der öffentlichen Staatshaushalte. Stark zeigte sich überzeugt, dass es bald einen Wirtschaftsaufschwung in Europa geben werde. Die Wachstumszahlen verbesserten kontinuierlich im Vergleich zum Jahr 2009, in welchem es einen Rückgang des BIP um rund 4 Prozent im Euro-Raum gegeben habe. Allerdings sei das aktuelle Wachstum nicht gleich verteilt auf alle Länder. Erfreulich sei das starke Vertrauen in die Europäische Zentralbank. Die Inflation sei mit 1 bis 1,5 Prozent aktuell unter Kontrolle.

Bedenklicher sei – so Stark – die Entwicklung der nationalen Haushaltsdefizite. Die durchschnittliche Neuverschuldung im Euro-Raum liegt aktuell bei 6 bis 6,5 Prozent des BIP. Die Unterschiede seien allerdings zwischen den einzelnen Ländern groß. Bei Betrachtung der Staatsverschuldung liegen Italien und Griechenland mit von Verschuldungsquoten zwischen 115 und 120 Prozent des BIP an der Spitze, in Frankreich liegt sie bei rund 80 Prozent, in Deutschland bei rund 75 Prozent. International betrachtet stellen diese Zahlen keine Besonderheiten dar, die Staatsverschuldung der USA beträgt 100 Prozent und in Japan gar 200 Prozent gemessen am jeweiligen Bruttoinlandsprodukt. Dennoch stehe Europa im Zentrum der Aufmerksamkeit, obgleich die Europäische Union mit dem Griechenland-Paket und dem „European Financial Stability Board" auf die Krise entschlossen reagiert habe. Die Europäische Union müsse allerdings – so Stark – härtere Regeln zur Fiskaldisziplin einführen. Grundvoraussetzung für eine funktionierende Währungsunion sei eine von Vertrauen und Sicherheit geprägte Kommunikation. Diese gebe es derzeit nicht und führe dazu, dass in den Medien ein von Unsicherheit geprägtes Bild entstehe.

Aus der Krise könne Europa stärker hervorgehen, sofern die richtigen Lehren daraus gezogen würden. Dazu gehöre die Stärkung der globalen Finanzarchitektur und die Verbesserung des Monitorings. Diese Diskussion muss aber die EU führen, nicht die EZB. Europa brauche eine einheitliche Position,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ITALIEN
MARKUS GOLLER

Juni 2010

www.kas.de
www.kas.de/italien

um auf globaler Ebene Akzente für eine Reform der Finanzmärkte und deren Aufsicht setzen zu können. Hierzu sei eine gemeinsame Initiative erforderlich.

Im Anschluss an den Vortrag von Dr. Stark war es den Teilnehmern möglich Fragen an den Referenten zu stellen. Dabei wurde insbesondere über die Zukunft des Euro diskutiert. Stark betonte, dass der Euro ein Erfolgsmodell sei. Die Gemeinschaftswährung sei heute außerhalb der EU als starke Währung gefragt und innerhalb der Union anerkannt. Dieser Erfolg habe alle Erwartungen vor der Einführung der Gemeinschaftswährung übertroffen. Allerdings zeige die aktuelle Krise, dass eine Währungsunion ohne Wirtschaftsunion ein Problem darstelle. In diesem Bereich müssten weitere Kompetenzen von der nationalen auf die europäische Ebene übertragen werden und parallel dazu eine strukturelle Reform der europäischen Wirtschaft erfolgen. Wichtig sei, dass die Europäische Union dabei einen eigenen Weg definiere und sich nicht – nach dem Vorbild der USA – auf die Lösung der Wirtschaftskrise durch Konsumanreize verlasse. Dieser Lösungsweg führe nicht zu einem nachhaltigen Wachstum, aber zu einem höheren Staatsdefizit. Aktuelle Untersuchungen – wie die von Rogoff und Reinhard – zeigen, dass hohe Verschuldungsraten in einer Wirtschaftskrise ein großes Wachstumshindernis darstellen. Aus diesem Grund sei es unumgänglich, dass die Staaten ihre Haushalte wieder in Ordnung bringen. Diese Krise – so Stark abschließend – sei keine Krise des Euro sondern eine Krise der Staatshaushalte.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat mit dem Vortrag von Dr. Jürgen Stark einen Beitrag zur aktuellen Diskussion über die Zukunft des Euro und die Lösungsmöglichkeiten für die aktuelle Krise beigetragen. Der Charakter des Teilnehmerkreises war hochrangig, er setzte sich aus Vertretern aus der Politik, der Universitäten und Wirtschaftsinstituten, deutscher und italienischer Unternehmen und der Medien zusammen.